



# Infantino wird eingewechselt

*Wirtschaftsminister Guy Parmelin trifft den Trump-Freund und Fifa-Präsidenten*

THOMAS SCHLITTLER

Die Schweiz beschreitet im Zollzwist mit den USA neue Wege. Am Mittwoch traf sich Wirtschaftsminister Guy Parmelin in Bern mit dem Fifa-Präsidenten Gianni Infantino. Sein Departement bestätigte einen entsprechenden Bericht des Schweizer Fernsehens, betonte jedoch, es habe sich um ein «privates Treffen» gehandelt.

«Bundesrat Guy Parmelin kennt Gianni Infantino seit Jahren, und die beiden pflegen regelmässigen Kontakt», erklärte ein Sprecher. Beide seien ehemalige Fussball-Schiedsrichter und hätten einst unweit voneinander gewohnt. Was bei dem Treffen besprochen wurde, wollte das Wirtschaftsdepartement nicht verraten.

Angesichts des Zeitpunkts liegt es jedoch nahe, dass es um den Zollstreit mit den USA ging – und nicht um Schiedsrichter-Anekdoten. Seit US-Präsident Donald Trump am 1. August Zölle von 39 Prozent auf Schweizer Güter verhängt hat, versucht der Bund mit allen Mitteln, einen besseren Deal auszuhandeln. Der Bundesrat dürfte hoffen, dass Infantino Einfluss auf Trump nimmt. Dieser wirft der Schweiz vor, die USA um Milliarden zu betrügen. Das entspringt seiner Lesart des Handelsbilanzdefizits gegenüber der Eidgenossenschaft.

## Zugang zum Oval Office

Infantino steht Trump so nahe wie wohl kein anderer Schweizer. Während Trump betonte, Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter – mit der er unmittelbar vor dem Zolldebakel telefonierte hatte – angeblich nicht zu kennen, war Infantino bereits mehrfach im Oval Office und Gast bei der Amtseinführung. Der Grund für diese Nähe: Die Fifa will König Fussball in den USA besser verankern.

Diesen Sommer fand in den USA die Fifa-Klubweltmeisterschaft statt. Trump

und Infantino verfolgten das Finale Seite an Seite im Stadion. Das Siegerteam Chelsea erhielt die Trophäe vom US-Präsidenten persönlich. Im kommenden Sommer folgt die Fussball-WM, ausgerichtet von den USA, Kanada und Mexiko.

Die Fifa war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Ob Infantino bereit ist, in Washington für die Schweiz einzutreten, bleibt offen. Von Politikern wurde jedoch schon lange gefordert, den Fifa-Präsidenten einzuspannen. Zudem passt das Ganze zu einer neuen Form der Diplomatie, die die Schweiz seit Trumps Zollhammer praktiziert: Um in den USA doch noch zu einem Deal zu gelangen, setzt der Bund auf Schattendiplomatie via Privatwirtschaft – von Parmelin als «Team Switzerland» bezeichnet. Unternehmen sollen ihre Kontakte nutzen, um die Verhandlungen positiv zu beeinflussen. Dazu passt, dass Trump am Sonntag beim Finale der US Open im Tennis in der Loge des Rolex-Chefs Jean-Frédéric Dufour sass. Eine Aktion, die gemäss Angaben des Wirtschaftsdepartements von der Uhrenfirma selbst initiiert worden war.

## Viele Kontakte, keine Infos

Der Auftakt zu dieser Strategie war die kurzfristige USA-Reise von Parmelin und Keller-Sutter am 5. August 2025. Um die Zölle noch abzuwenden, setzten sie auf die Unterstützung von Private-Equity-Managern, Rohstoffhändlern, einem Pharma-Chef und einem Airline-CEO. Den Zweck beschrieb Keller-Sutter bei der Rückkehr wie folgt: Türen öffnen, die dem Bundesrat sonst verschlossen bleiben.

Seither intensivierten sich die Kontakte zwischen Bund und Privatwirtschaft in ungekanntem Ausmass. Besonders das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) unter Helene Budliger Artieda steht in ständigem Austausch mit

Firmen, um für Trump einen attraktiven Deal zu schmieden.

Welche konkreten Vorschläge auf dem Tisch liegen, bleibt unter Verschluss. Ein Gesuch der NZZ, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, um Einsichtnahme in die Seco-Korrespondenz mit Unternehmen wie Partners Group, Swiss, Roche, Mercuria und Stadler Rail sowie mit dem ehemaligen Diplomaten Thomas Borer wies das Seco ab. Als Begründung führte die Behörde an, dass es sich um laufende Verhandlungen handle. Eine Veröffentlichung könnte Rückschlüsse auf das Schweizer Angebot ermöglichen und damit deren Verhandlungsposition schwächen.

Die Details des erneuerten Angebots werden von den Behörden wie ein Schatz gehütet. Dieses eiserne Schweigen betrifft nicht nur die Medien, sondern auch Akteure aus Politik und Wirtschaft. Markus Ritter, der Präsident des Schweizer Bauernverbands, beobachtet, dass sich die Strategie des Bundesrats verändert hat: «Das erste Angebot an die USA wurde mit den Interessengruppen abgestimmt. Jetzt weiss nur ein kleiner Kreis, worüber verhandelt wird.»

Ritter hat zum Beispiel keine Ahnung, über welche allfälligen Zugeständnisse bei den Agrarzöllen gesprochen wird. Das Stillschweigen hält er für richtig: «Die Schweizer Wirtschaft wird durch die US-Zölle frontal angegriffen. In einer solchen Situation können wir nicht ein Vernehmlassungsverfahren durchführen wie beim Eigenmietwert.»

Eine Information drang aus höchsten Kreisen dennoch durch: Ein Ablasshandel nach japanischem Vorbild kommt nicht infrage. Japan hat mit den USA eine Vereinbarung getroffen, die das Weisse Haus so beschreibt: «Japan hat sich verpflichtet, Präsident Trump 550 Milliarden Dollar für Investitionen in den USA bereitzustellen, die für unsere nationale und wirtschaftliche Sicherheit



entscheidend sind.» Das Geld fließt in Projekte, die der Präsident auswählt. Das politisch unabhängige Center for Strategic and International Studies bestätigte diese Lesart der US-Regierung.

### Schweizern kaum vermittelbar

Politik und Wirtschaft sind sich einig, dass ein solches Modell für die Schweiz nicht infrage kommt. Rahul Sahgal, der Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, sagt: «Die Schweiz wird so etwas wohl kaum machen. Es ist schwer vorstellbar, dass der Staat der US-Regierung Geld zur freien

Verfügung stellt.»

Die Maschinenindustrie, die neben der Uhrenindustrie am stärksten betroffen ist, lehnt einen solchen Handel ebenfalls ab. «Direktdemokratisch liesse sich das nie durchsetzen», erklärt der Swissmem-Präsident Martin Hirzel. Und mit der Schuldenbremse sei ein Milliarden-geschenk erst recht unvereinbar.

Bleibt die Hoffnung, dass die Schattendiplomatie Wirkung zeigt. Wunder sind kaum zu erwarten, auch nicht von Infantino. Zudem ist die Schweizer Charmeoffensive in Washington ein Balanceakt. Erst kürzlich warnte

der US-Handelsminister Howard Lutnick die Schweiz davor, einfach zu sagen, ihre reichen Unternehmen würden mehr von Amerika kaufen. «Das ist es, worüber sich Donald Trump beschwert», sagte Lutnick gegenüber Bloomberg.

Die Bemerkung klang wie ein Seitenhieb gegen die Private-Equity-Gesellschaft Partners Group, deren Gründer vom Bund eingebunden worden waren, weil der Konzern in den vergangenen Jahren über 100 Milliarden Dollar in Firmenbeteiligungen in den USA investiert hat.



US-Präsident Donald Trump und der Fifa-Präsident Gianni Infantino (rechts) haben einen guten Draht zueinander. ANDREW HARNIK / AP

Um in den USA doch noch zu einem Deal zu gelangen, setzt der Bund auf Schattendiplomatie via Privatwirtschaft.